



Wirtschaft Aktuell

Frühjahrsprognosen sehen weiterhin Erholung bei erhöhten Risiken

Der heiße Krieg im Nahen Osten wird die Erholung der deutschen Wirtschaft im günstigsten Fall nur leicht verzögern. Derzeit liegen die BIP-Prognosen der Institute für 2026 in der Spanne zwischen plus 0,5 und plus 1,0 Prozent und für 2027 bei plus 0,8 bis plus 1,4 Prozent. Der Konsum trägt maßgeblich zur Erholung bei. Die Finanzpolitik ist 2026 und 2027 expansiv ausgerichtet und stabilisiert sowohl über den öffentlichen Konsum als auch über die Investitionen die weitere Entwicklung. Die industrielle Wertschöpfung wird bis zum Ende des Prognosezeitraums noch nicht wieder das Niveau vor Ausbruch der Corona-Pandemie erreicht haben. Derzeit deutet sich kein rasches Ende des Konflikts an. Die Politik muss daher auf die Gefahr anhaltender wirtschaftlicher Belastungen vorbereitet sein und bei Bedarf stabilisierend eingreifen.

Die Unsicherheit ist zurück. Mit Beginn des Angriffs der USA und Israels gegen das Regime im Iran und den steigenden Preisen an den Spot- und Terminmärkten für Rohöl und Erdgas wächst die Sorge vor einer beschleunigten Inflationsdynamik und davor, dass die sich nur sehr langsam erholende deutsche Wirtschaft ausgebremst werden könnte.

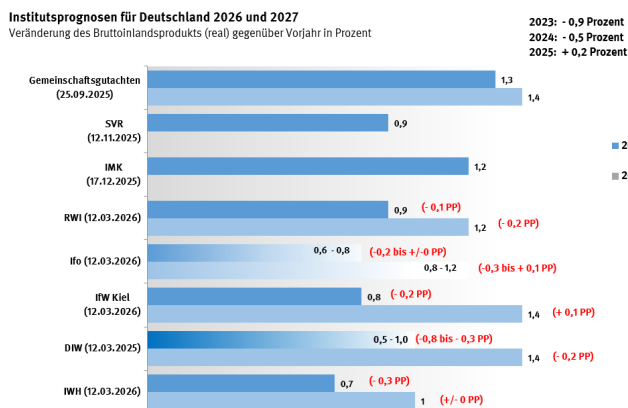
Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute denken wieder in Szenarien – wie schon in der Frühphase der Corona-Pandemie und des Ausbruchs des Russisch-Ukrainischen Krieges. Den Szenarien liegen unterschiedliche Annahmen darüber zugrunde, wie sich die Preise an den Rohstoffmärkten entwickeln, und zwar sowohl was deren Höhe als auch die Dauer der Abweichung vom Vorkriegsszenario anbelangt. Obwohl Europa kaum von einer Verknappung des Angebots fossiler Energieträger aus dem Nahen Osten betroffen ist, kommen die steigenden Preise über Arbitragegeschäfte an den Rohstoffmärkten auch in Europa an. Die Verbraucherpreise sowie die Energiepreise für die Industrieunternehmen steigen. Die Europäische Zentralbank könnte, wenn der Konflikt länger andauert, mit höheren Zinsen gegensteuern, was möglicherweise wiederum den Euro aufwertet und die Wettbewerbsfähigkeit

schwächt. Konsumnachfrage, Investitionen und Wachstum werden gebremst. Hinzu kommt: Die Folgen von Infrastrukturzerstörungen sowie Lieferkettenunterbrechungen, weil etwa Düngemittel für die Landwirtschaft oder auch Helium aus dem Nahen Osten bei der Chip-Produktion in Asien fehlen, sind kaum in den Szenarienberechnungen abbildbar.

Die Institute haben folgerichtig ihre Wachstumsprognosen für 2026 und 2027 nach unten korrigiert. Für 2026 reicht die Spanne nun von plus 0,5 bis plus 1,0 Prozent (Mittelwerte der deeskalierenden/eskalierenden Szenarien 2026: 0,7 / 0,8) und für 2027 von plus 0,8 bis plus 1,4 Prozent (Mittelwerte 2027: 1,16 / 1,24). In moderaten Szenarien hält der Konflikt im Nahen Osten nur zwei bis drei Monate an, sodass sich die Situation an den Rohstoffmärkten schnell wieder entspannt. Bei einer Eskalation rechnen die Institute mit einer längeren Störung. Die Botschaft: Trotz der Krise im Nahen Osten setzt sich die Erholung in Deutschland mit einem etwas langsameren Tempo fort.

Die **Verbraucherpreise** dürften sich 2026 bei moderaten Szenarien um 2,5 Prozent erhöhen, im Eskalationsfall um 2,9 Prozent (jeweiliger Mittelwert der Berechnungen). Der Mittelwert

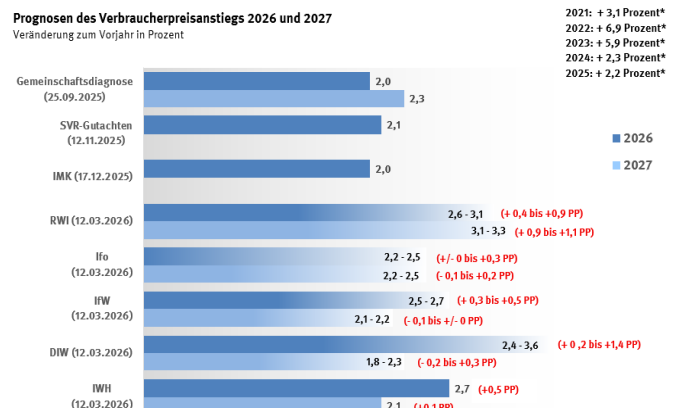
Institutsprognosen für Deutschland 2026 und 2027
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



Veränderung im Vergleich zur Dezemberprognose in Prozentpunkten
Quelle: Institute, Gemeinschaftsgutachten, Destatis

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2026 und 2027
Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Veränderung im Vergleich zur Dezemberprognose in Prozentpunkten
Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik



der moderaten Szenarien liegt damit nur um 0,5 Prozentpunkte über der Prognose des Gemeinschaftsgutachtens vom Herbst 2025. Für 2027 ist ein Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3 bis 2,5 Prozent (deeskalierendes/eskalierendes Szenario) erwartbar.

Die steigende Inflation erscheint verkraftbar. So gehen alle Institute derzeit davon aus, dass der private Konsum ungeachtet der Folgen des heißen Konflikts im Nahen Osten weiterhin den größten Wachstumsbeitrag liefern wird. Die Tarif- und Effektiventgelte werden 2026 und 2027 insbesondere im **Fall eines begrenzten Konflikts** im Nahen Osten robust und stärker zulegen als die Verbraucherpreise. Das Institut für Weltwirtschaft erwartet in diesem Fall etwa einen Anstieg der Tarif- und Effektivverdienste je Arbeitsstunde im Jahr 2026 um 3,2 Prozent und 2027 um 3,3 bzw. 3,0 Prozent. Außerdem entwickelt sich der Arbeitsmarkt stabil: Die Anzahl der Erwerbstätigen wird 2027 nach leichtem Rückgang 2026 das Niveau von 2025 übertreffen.

In Zeiten steigender Energiepreise und anhaltender handelspolitischer Unsicherheiten setzt die **wieder expansivere Finanzpolitik wichtige Impulse zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung**. Die Frühjahrsprognosen der großen Institute sehen den staatlichen Konsum – neben dem privaten Verbrauch – als zentrale Konjunkturstütze für 2026 und 2027. Der **Staatsverbrauch** steigt vor allem wegen höherer Sozial- und Gesundheitsausgaben, gestiegener Entgelte im öffentlichen Dienst sowie wegen Umsetzungskosten der großen Verteidigungs- und Infrastrukturprogramme.

Bei den **Investitionen** zeigen sich die Institute zurückhaltender. Das DIW erwartet eine allmähliche Erholung. IfW und RWI prognostizieren insbesondere im öffentlichen Sektor – etwa durch Rüstungs- und Energieprojekte – relevante Impulse. ifo und IWH betonen dagegen stärker die weiterhin schwachen privaten Ausrüstungsinvestitionen. Bei den Bauinvestitionen gibt es Anzeichen für eine sich steigernde Dynamik, doch bremsen weiterhin hohe Materialpreise, Fachkräftemangel und langwierige Genehmigungen. Insgesamt herrscht **verhaltener Optimismus hinsichtlich einer etwas intensivierten Investitionstätigkeit**.

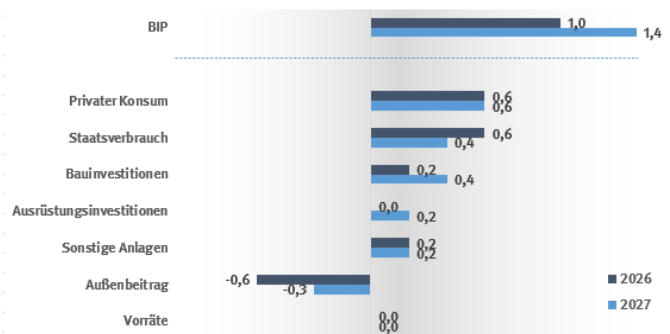
Deutlich eingetrübt bleibt die Lage im Außenhandel. Höhere Energiepreise verteuern die Produktion und wirken vor allem über asiatische Vorleistungshersteller auch in zweiter Runde preistreibend. Auch das weltwirtschaftliche Umfeld leidet darunter. Die Institute rechnen daher nicht mit nennenswert positiven Exportbeiträgen.

Quantitative Aussagen für die BIP-Wachstumsbeiträge liefert bisher nur die (Einzel-)Prognose des DIW - und da auch nur für das Basisszenario ohne Eskalation. Das DIW schätzt diese wie folgt: Konsum insgesamt plus 1,2 Prozentpunkte in 2026 (2027: plus 1,0 Punkte), Bruttoanlageinvestitionen plus 0,3 Punkte (2027: plus 0,7 Punkte), Außenbeitrag minus 0,6 Punkte (2027: minus 0,3 Punkte). Daraus ergibt sich in der DIW-Prognose in Summe ein realer BIP-Zuwachs von 1,0 Prozent im Jahr 2026 und 1,4 Prozent im Jahr 2027.

Folgt man dem **Basisszenario des Kieler Instituts für Weltwirtschaft**, so ist für die gesamtwirtschaftliche **Bruttowertschöpfung** eine **vorsichtige Erholung zu erwarten**, die aber

deutlich hinter früheren Aufschwungphasen zurückbleibt. Getragen wird die moderate Erholung vor allem von den seit längerem kontinuierlich positiven Beiträgen der **Dienstleistungsbereiche**. Zudem zeichnet sich nach zuvor mehreren schwachen Jahren eine beginnende Trendwende im **Baugewerbe** ab. Im **Verarbeitenden Gewerbe** bleibt die Dynamik dagegen verhalten, da strukturelle Wettbewerbsprobleme fortbestehen und staatliche Großaufträge – unter anderem im Rüstungsbereich – erst mit Verzögerung produktionswirksam werden. Zugleich führt der steigende Dienstleistungsanteil innerhalb der Industrie dazu, dass die Bruttowertschöpfung bereits zunimmt, obwohl die Industrieproduktion selbst noch kaum anzieht.

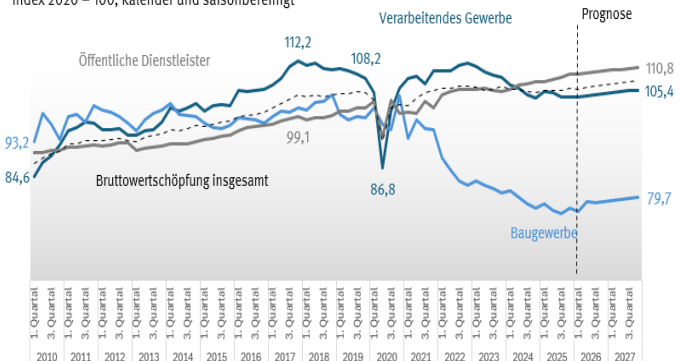
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2026 und '27
in Prozentpunkten des BIP-Wachstums



Quelle: DIW, Frühjahrsprognose März 2026

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche
Index 2020 = 100, kalender und saisonbereinigt



Quelle: Destatis, Kieler Institut für Weltwirtschaft, Frühjahrsprognose

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die aktuellen Prognosen der Institute sind von hoher Unsicherheit und unterschiedlichen Szenarien zum Irankonflikt geprägt. Bisher sind keine diplomatischen Initiativen in Sicht, die auf eine schnelle Deeskalation hindeuten. Faktoren wie Infrastrukturzerstörungen und die besonderen maritimen Engpässe in der Region erhöhen das **Risiko längerer Störungen bei Energiepreisen und globalen Lieferketten** als in Basisszenarien der Institute angenommen. Die Politik muss sich daher auf die Gefahr anhaltender wirtschaftlicher Belastungen vorbereiten. Neben der Reduktion kritischer Energieabhängigkeiten braucht es für den Eskalationsfall einen kurzfristig erweiterten finanziellen Handlungsspielraum – etwa durch Aussetzen der Schuldenbremse –, um bewährte Stabilisierungsinstrumente wie Energiepreisbremsen rasch aktivieren zu können.